

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photos: © Mark Beach/WGCC

Folgen des Klimawandels und Umweltzerstörung werden bei gegenseitigen Besuchen der Partnerkirchen im Oekumenischen Rat untersucht. Hier die Inaugenscheinnahme der Zerstörung von Mangrovenwäldern auf Inseln des südlichen Pazifiks. Während eines Besuchs der „Living Letters“ zeigt Ratu Isikeli Komaisavai einen Mangrovenbereich, der bislang die Insel Viwa/Fidschi schützt. Im Hintergrund ist die Erosion erkennbar.

Klimagerechtigkeit: Ergebnisorientiertes Pilgern

Tausende von Menschen aus allen Ecken der Welt wollen sich auf eine Pilgerreise für Klimagerechtigkeit begeben – entweder zu Fuß, mit dem Fahrrad, Bahn oder Boot. Sie wollen ihre Solidarität mit jenen Menschen zum Ausdruck bringen, die vom Klimawandel am stärksten betroffen sind. Und sie wollen die politischen Führungspersonen der Welt eindringlich ermahnen, sich während der kommenden Konferenz der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (COP 21) in Paris auf eine rechtlich bindende und allgemein gültige Vereinbarung zur Klimagerechtigkeit zu einigen.

Die PilgerInnen werden von verschiedenen christlichen Organisationen vorwiegend in Europa und Afrika mobilisiert, die Mitgliedskirchen des Oekumenischen Rates der Kirchen (OeRK) vertreten. Einige wollen bis nach Paris reisen und dort pünktlich zur COP 21, die vom 30. November bis 11. Dezember 2015 stattfinden wird, ihre Stimmen mit anderen Akteuren aus Glaubensorganisationen vereinen.

„Paris ist ein Meilenstein auf unserem Pilgerweg für Klimagerechtigkeit“, erklärte

Dr. Guillermo Kerber, Leiter des OeRK-Programms „Bewahrung der Schöpfung und Klimagerechtigkeit“. „Aber Paris ist nicht das endgültige Ziel. Von uns Menschen des Glaubens wird erwartet, dass wir eine Art moralischen Kompass für den Dialog zum Thema Klimawandel aufzeigen; wir müssen eine Strategie für 2016 und darüber hinaus erarbeiten.“

Kerber nahm in Genf an einer Vorbereitungsstagnung der ökumenischen Organisationen auf die COP 21 teil. Das Konzept des „Pilgerwegs der Gerechtigkeit und des Friedens“ wurde von der 10. OeRK-Vollversammlung als Vision formuliert und Klimagerechtigkeit ist ein wichtiger Aspekt dieser Vision.

Nachdem schon religiöse Führungspersonen wie der Patriarch Bartholomäus von Konstantinopel und Papst Franziskus von der Römisch-katholischen Kirche Klimagerechtigkeit gefordert haben, plane der OeRK, kräftige Stimmen aus den Religionsgemeinschaften nach Paris zu bringen, um ein faires, ehrgeiziges und rechtlich bindendes Abkommen zu fordern, so Kerber weiter.

In Afrika planen die „Pilger für Klimagerechtigkeit“, zu Fuß oder mit dem Fahrrad Grenzen zu überqueren, um so das Bewusstsein für die Auswirkungen des Klimawandels

AUS DEM INHALT

**Klimawandel:
Maßnahmen neu bewertet**

**Mekka:
Großimam fordert Reform des
Islamunterricht**

**Zwei vor Zwölf:
Unkontrollierter Klimawandel und
nukleare Aufrüstung**

**Aussicht auf atomwaffenfreie Welt:
Entscheidendes Jahr**

**Advocacy für gerechten Frieden:
OeRK gründet neues Netzwerk**

**Hilfsorganisationen:
Schutz angemahnt**

**Globales Aktionsbündnis:
Wieder beim Weltkirchenrat**

**Christlicher Studentenweltbund:
Gott kein patriarchaler Zuchtmeister**

Aus Netzen und Bewegungen

**Bremen:
Studienreise nach Israel und
Palästina: „Kommt und seht!“**

**Rhein-Mosel-Saar:
„Das ‚Ganze‘ verändern“ verändert
sich**

**Sachsen:
Schuldenkrisen, alte Rezepte und
keine Lösungen**

**Oekumenische Initiative Eine Welt:
Den Großen Wandel leben**

**Versöhnungsbund:
Für eine neue Friedens- und
Entspannungspolitik**

**Oekumenische Versammlung:
Arbeit wird fortgesetzt**

**Kirchentag in Stuttgart:
Zentrum Frieden**

zu stärken. Patricia Akullo vom ACT-Bündnis, einem Partner des OeRK, zu der Hilfsorganisationen aus mehr als 140 Ländern gehören, berichtete auf der Vorbereitungsstunde über die Kampagne für Klimagerechtigkeit, die ihre Organisation für die Zeit um die COP 21 in Paris plant und die sich schwerpunktmäßig mit Afrika beschäftigen wird. Nachdem diese „Pilger für Klimagerechtigkeit“ unter anderem die Grenzen von Südafrika, Uganda und Burundi überquert haben, werden sie sich an ihrem Endziel Nairobi treffen.

„Der Pilgerweg zur COP 21 ist ein Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens, für die Menschen und die Erde“, sagte Isaiah Toroitich, der für die Kampagne „Act Now for Climate Justice“ (Jetzt handeln für Klimagerechtigkeit) tätig ist. „Als gläubige Menschen hoffen wir, in Paris mit einer Stimme sprechen zu können, und so unsere Solidarität mit jenen zum Ausdruck zu bringen, die vom Klimawandel am stärksten betroffen sind“, führte er aus.

Internet: www.oikoumene.org/de/was-wir-tun/pilgerweg-der-gerechtigkeit-und-des-friedens

Klimawandel: Maßnahmen neu bewertet

Während die Lobbygruppen großer Konzerne die Regierungen in Sachen Klimawandel beschwichtigen, drängen Bürger zum sofortigen Handeln, berichtet Manipadma Jena von IPS. Die wenigen Fortschritte, die in dem Bemühen, den Klimawandel mit Hilfe einer Verringerung der CO₂-Emissionen aufzuhalten entstanden sind, verblissen oftmals angesichts des ganzen Ausmaßes der Naturkatastrophen, die, seien es Schneestürme, Überschwemmungen oder Dürren, immer drastischere Formen annehmen.

Aus diesem Informationsdschungel die richtigen Schlüsse zu ziehen, ist ein schwieriges Unterfangen. Doch nun hat das „Energy and Resources Institute“ (TERI), eine in Neu-Delhi angesiedelte Denkfabrik, einen neuen Bericht vorgelegt, der nicht nur die Spreu vom Weizen trennt, sondern eine umfassende Bewertung der weltweit an der Klimafront erzielten Fortschritte vornimmt.

Darüber hinaus liefert TERI detaillierte Voraussagen zu dem, was auf jedes einzelne Land zukommen wird. Auf der Grundlage dieser Prognosen können die einzelnen Staaten Handlungspläne entwickeln, die nach Ansicht von Klimaexperten dringend erforderlich sind, um dem Planeten und der Menschheit einschneidende und unumkehrbare Klimaveränderungen zu ersparen.

Der in diesem Monat auf dem Delhi-Nachhaltigkeitsgipfel veröffentlichte „Globale Nachhaltigkeitsbericht 2015“ hat die 20 besonders klimagefährdeten Länder (von insgesamt 193) auf der Grundlage derzeitiger Auswirkungen der extremen Klimaereignisse, die über einen Zeitraum von 34 Jahren (1980–2013) dokumentiert wurden, ermittelt.

Liste der 20 klimagefährdeten Länder

Auf der Grundlage von Daten des Zentrums zur Erforschung der Epidemiologie von Naturkatastrophen (CRED) der Katholischen Universität Löwen in Belgien hat der TERI-Report ermittelt, dass sich die Zahl der Naturkatastrophen zwischen 1975 und 2002 von 50 auf 525 mehr als verzehnfacht hat. Bis 2001 konzentrierten sich 95 Prozent aller Todesfälle, die mit Naturkatastrophen im Zusammenhang standen, auf die Entwicklungsländer.

Das TERI-Ranking berücksichtigt sämtliche Unwetter – angefangen von Hitze- und Kältewellen über Dürren, Überschwemmungen, Sturzfluten und Wolkenbrüche bis zu Erdbeben, Lawinen, Waldbränden, Zyklonen und Hurrikanen.

Weltweit am schlimmsten gefährdet ist demnach Mosambik, gefolgt vom Sudan und Nordkorea. Die ersten beiden Staaten verzeichneten die höchste katastrophenbedingte Sterberate von sechs pro 100 000 Menschen. Nordkorea erlitt die größten wirtschaftlichen Jahresverluste. Sie entsprachen 1,65 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP). Global gesehen war 2011 das Jahr mit den dramatischsten klimabedingten wirtschaftlichen Einbußen. Die Verluste beliefen sich auf 350 Milliarden US-Dollar.

Besonders schlecht ist es in dieser Hinsicht um Asien und insbesondere Staaten wie Myanmar, Bangladesch und die Philippinen bestellt, die insgesamt mehr als 300 Millionen Menschen zählen.

China, das bis Ende 2015 die 1,4-Milliarden-Menschen-Grenze erreicht haben wird, ist es trotz seines rasanten Wirtschaftswachstums nicht gelungen, die Katastrophenbedrohung für seine Bürger zu verringern. Im TERI-Ranking belegt die Volksrepublik den sechsten Platz.

Nachhaltige Bemühungen auf nationaler Ebene haben zwar Bangladesch geholfen, sich besser vor dem Anstieg des Meeres, der größten Klimaherausforderung des Landes, zu schützen. Dennoch rangiert es auf der Liste der Hauptklimaopfer auf Platz drei.

Indien, das bevölkerungsreichste Land nach China, wird es bis Ende 2015 auf 1,26 Milliarden Menschen bringen. Es belegt im TERI-Ranking Platz zehn, während Sri Lanka und Nepal den 14. und 15. Platz einnehmen.

Innerhalb Afrikas gelten vor allem Äthiopien und Somalia als extrem anfällig für Klimakatastrophen, in Europa sind es Albanien, Moldawien, Spanien und Frankreich, gefolgt von Russland. Im gesamtamerikanisch-karibischen Raum belegt der kleine Inselstaat St. Lucia – vor Grenada und Honduras – den ersten Platz. Das mit 200 Millionen Menschen bevölkerungsreichste Land der Region, Brasilien, ist auf Platz 20 gelistet.

Rasante Zunahme der Naturkatastrophen

Zwischen 1900 und 2009 – also binnen fast 110 Jahren – ist die Zahl hydrometeorologischer Naturkatastrophen von 25 auf 3526 gestiegen. Extreme hydrometeorologische, geologische und biologische Wetterextreme schnellten im gleichen Zeitraum von insgesamt 72 auf 11.571 in die Höhe.

In den 60 Jahren zwischen 1970 und 2030 ist den Autoren des Berichts zufolge in erster Linie Asien die mit Überschwemmungen, Zyklonen und dem Meeresspiegelanstieg besonders geschlagene Region. Dort allein sind 83 Millionen Menschen jährlich betroffen. In Europa werden der Hochrechnung zufolge im gleichen Zeitraum 16,5 Millionen, in Nordamerika neun Millionen und in Afrika sechs Millionen Menschen den Anstieg des Meeresspiegels zu spüren bekommen.

Das Büro der Vereinten Nationen für Katastrophenvorsorge (UNISDR) schätzt, dass bis Ende des 21. Jahrhunderts weltweit die wirtschaftlichen Verluste die 25-Billionen-Dollar-Grenze überschreiten werden, sollten wirksame Maßnahmen für Klimaanpassung und -abmilderung sowie für die Verringerung des Katastrophenrisikos ausbleiben. Aufgrund der bisherigen Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen kann davon ausgegangen werden, dass die erwarteten Kosten den bisher vorgesehenen Rahmen sprengen werden.

Entwicklungsländer beispielsweise werden das Zwei- bis Dreifache der jährlichen Beiträge benötigen, die den bisherigen Schätzungen zufolge – 70 Milliarden bis 100 Milliarden Dollar – ab 2050 für Anpassungsmaßnahmen benötigt werden. Ab 2020 wird es eine erhebliche Finanzierungslücke geben, wie einer im letzten Dezember veröffentlichten Untersuchung des UN-Umweltprogramms (UNEP) über die Anpassungslücke zu entnehmen ist.

Indikatoren wie Wasserverfügbarkeit, Ernährungssicherheit, Gesundheit und sozio-wirtschaftliche Möglichkeiten wurden bei der Bewertung der Anpassungsfähigkeit der einzelnen Länder herangezogen.

Diesem weitgefassten Kriterium zufolge schneidet Liberia am schlechtesten ab: Ein Viertel der Bevölkerung hat keinen Zugang zu Wasser und 56 Prozent der Stadtbevölkerung leben in Slums. Hinzu kommt eine hohe Malaria-Infektionsrate infolge einer medizinischen Unterversorgung. Für jeweils 70 000 Menschen steht lediglich ein Arzt zur Verfügung.

Die Studie stuft die Länder auch danach ein, welchen Anteil sie aus historischer Sicht betrachtet am Klimawandel haben. Der größte CO₂-Emittent in der Zeit des industriellen Booms (1850–1989) war Großbritannien mit einem Pro-Kopf-CO₂-Ausstoß von 940 Tonnen.

Die USA wiederum halten sich konstant in Sachen CO₂-Emissionsintensität pro BIP-Einheit im Zeitraum 1990 bis 2011 auf dem

fünften Platz. 2011 schleuderte das Land 6,1 Milliarden Tonnen Treibhausgase in die Erdatmosphäre. Übertrumpft wurde es nur noch von China mit 10,2 Milliarden Tonnen. Indien belegte im gleichen Jahr mit 2,4 Milliarden Tonnen den dritten Platz.

Geht es jedoch um die derzeitige Verantwortung für die CO₂-Emissionsintensität pro BIP-Einheit, rangieren beide asiatischen Länder auf der Liste weiter unten, während die Ölstaaten Katar und Kuwait unter den Top-Fünf zu finden sind.

Mekka:

Großimam fordert Reform des Islamunterricht

Der Großimam der Kairoer Al-Azhar-Moschee hat eine Bildungsreform für den Islamunterricht gefordert. Angesichts eines „Chaos“ von Überzeugungen im Islam sei es notwendig, diese unter „Kontrolle“ zu bringen, zitiert die ägyptische Zeitung „Ahrām Online“ im Februar den Rektor der Al-Azhar-Universität, Ahmed el-Tayeb. Geschehe dies nicht, gebe es „keine Hoffnung“ für die islamische Gemeinschaft, ihre Einheit zurückzuerlangen. Der Islamgelehrte äußerte sich bei einer Anti-Terrorismus-Konferenz in Mekka.

El-Tayeb verurteilte extremistische Gruppen, die den Islam fehlinterpretierten, und forderte die Schaffung eines gesonderten Bildungsplans, der falsche und zweideutige Konzepte im Islam richtigstelle. Er rief zu einer gemeinsamen Konferenz von internationalen islamischen Wissenschaftlern auf, bei der sie über gemeinsame Werte und länderspezifische Auslegungen des Islam beraten sollten. Dadurch könne mehr „gesellschaftliche Stabilität“ in den einzelnen Ländern geschaffen werden, so der Gelehrte.

Die Kairoer Al-Azhar-Universität gilt als höchste Lehrautorität im sunnitischen Islam.

Zwei vor Zwölf:

Unkontrollierter Klimawandel und nukleare Aufrüstung

Unkontrollierter Klimawandel und der Wettlauf der nuklearen Aufrüstung haben den Zeiger der Doomsday Clock, der „Uhr des Jüngsten Gerichts“ des Bulletins of the Atomic Scientists (BAS), von drei auf zwei Minuten vor zwölf gerückt. 2012 waren es noch fünf Minuten vor zwölf gewesen. Diese Einschätzung wurde von Herausgebern des Bulletins in Washington bekanntgegeben.

Das letzte Mal stand der der Zeiger im Jahre 1984 bei drei Minuten vor zwölf. Damals erreichten die Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion laut den Atomwissenschaftlern „ihren tiefsten Punkt in Jahrzehnten“. Die aktuelle Einschätzung zieht die unveränderlichen Gesetze der Wissenschaft in Relation zum Klimawandel genauso in Betracht, wie die Modernisierung von riesigen Atomwaffenlagern, die mit unbeabsichtigten Risiken einhergehen.

„Die Frage ist heute viel komplizierter als zu der Zeit, als es darum ging, ob jemand den Finger auf dem berühmten Knopf hat“, erklärte Kennette Benedict, die geschäftsführende Direktorin von BAS.

Laut BAS ist die Abhängigkeit der Welt von fossilen Brennstoffen ein gravierendes Problem. Klimatische Veränderungen und nukleare Spannungen wurden von der BAS in diesem Jahr auf dieselbe Stufe gestellt. „Und so lange Technologien von fossilen Brennstoffen betrieben werden, mag es zwar keine abrupte Zerstörung der Welt geben, langsam aber sicher vernichten sie die Welt dennoch“, so Benedict.

Das Potential der Bevölkerung

„VerhandlungspartnerInnen eines internationalen Abkommens über den Klimawandel oder auch jeden anderen internationalen Abkommens, können nur innerhalb eines sehr schmalen Grades arbeiten, den ihnen ihre jeweiligen Regierungen gewähren. Die Regierungen selber arbeiten innerhalb des Handlungsspielraums, den ihre Verfassungen ihnen gewähren.“ sagte Sivan Kartha, Mitglied des Sicherheits- und Wissenschaftsausschusses des BAS und Wissenschaftler am Stockholm Environment Institute. Wahre Zusammenarbeit an der internationaler Front, so Kartha, werde davon abhängen, ob die Wählerinnen und Wähler dafür ein Mandat erteilen, dies insbesondere angesichts der starken innenpolitischen Widerstände gegen entsprechende Maßnahmen.

Der Präsident des Globalen Sicherheitsinstituts (Global Security Institute) Jonathan Granoff wies auf eine Reihe von globalen, existentiellen Herausforderungen hin, die das Näherkommen des „Tags des Jüngsten Gerichts“ beschleunigen. Dazu gehören die Stabilität des Klimas, die Übersäuerungen der Ozeane, die gefährdete Biodiversität, das Streben nach strategischer Dominanz.

„Bedenkt, wir löschen Lebensformen bis zu eintausend Mal schneller aus, als es bei einer normalen evolutionären Rate der Fall wäre“, so Granoff. Das gefährlichste Werkzeug bei der Jagd nach Sicherheit auf der Basis von Macht sind die weltweiten Atomwaffenlager. Auf der anderen Seite wachse allerdings zwischen informierten Mitgliedern von Regierungen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft das Bewusstsein dafür, dass keine Nation sicher in einer unsicheren Welt sein kann. Im Licht seiner Analyse betonte das BAS, könne sich der Zeiger der Uhr im Jahr 2015 in beide Richtungen bewegen, es gebe auch die Möglichkeit für Fortschritt.

Die einfache Wahrheit

Alyn Ware ist ein Mitglied des World Future Council und der Koordinator der Global Wave 2015, eine Initiative für „Global Action to Wave Goodbye to Nukes“. „Die hunderte von Milliarden an US-Dollar, die für Atomwaffen verschwendet werden, werden eigent-

lich gebraucht, um unsere Wirtschaft von einer Karbonorientierung zu einer auf erneuerbare Energien konzentrierte Wirtschaft zu verändern“, so Ware. Der Wettstreit, die Konfrontation und die Konflikte, die durch Atomwaffen aufrecht erhalten werden, verhindern genau die Art von Kooperation, die nötig ist, um den Klimawandel anzugehen. „Die einfache Wahrheit über Atomwaffen lautet, dass sie sich nicht mit der Existenz von Zivilisation vereinbaren lassen.“ Das Bild der Doomsday Clock, das die verbleibende Zeit bis zum „Tag des Jüngsten Gerichts“ angibt, veranschauliche gut die Dringlichkeit zum Handeln, wozu wir alle auch einen Beitrag leisten können.

Aussicht auf atomwaffenfreie Welt: Entscheidendes Jahr

Im laufenden Jahr 2015 stehen viele und zum Teil besonders wichtige Veranstaltungen an, schreibt Jamshed Baruah von IPS.

Im April/Mai steht die Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrags (NPT) auf dem Programm. Sie findet nur alle fünf Jahre statt. Etwa zeitgleich – vom 24. bis 25. April – tagt in New York die internationale Konferenz der Zivilgesellschaft zu Frieden, Gerechtigkeit und Umwelt. Am 26. April folgt ein Marsch von Friedensaktivisten zu den Vereinten Nationen.

Parallel dazu wird es 2015, dem Jahr, in dem sich die Zerstörung der japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki durch Atombomben zum 70. Mal jährt, in diesen und anderen Städten der Welt zu weiteren Protesten gegen Atomwaffen kommen.

Die Sternstunde im Kampf für eine atomwaffenfreie Welt fällt jedoch ins letzte Jahr, als sich 155 Länder – 80 Prozent aller UN-Mitgliedstaaten – hinter die Gemeinsame Erklärung zu den Folgen von Kernwaffen auf die Menschheit stellten, die der UN-Vollversammlung im Oktober 2014 vorgelegt wurde. Darin heißt es, dass die Menschheit im ureigenen Überlebensinteresse nie wieder und unter keinen Umständen erneut Gebrauch von Atomwaffen machen dürfe.

Verhandlungen über Atomwaffenverbot in greifbarer Nähe

Regierungsvertreter von 44 der insgesamt 158 Staaten, die an der Wiener Konferenz vom 8. bis 9. Dezember über die Folgen von Atomwaffen für die Menschheit teilnahmen, gingen sogar noch einen Schritt weiter, indem sie sich in Wien für einen völkerrechtlichen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen stark machten, der jederzeit und auch ohne die Zustimmung der Kernwaffenstaaten verhandelt werden kann.

Daraufhin verpflichtete sich die österreichische Regierung dazu, alles zu tun, „um die rechtliche Lücke für ein Verbot und die Eliminierung von Atomwaffen zu schließen“, und mit allen relevanten Akteuren zusam-

menzuarbeiten, um Atomwaffen im Licht ihrer verheerenden Auswirkungen auf die Menschheit zu stigmatisieren, zu verbieten und abzuschaffen.

Papst Franziskus forderte seinerseits in einer Botschaft an die Konferenz, dass Atomwaffen „ein für alle Mal geächtet werden müssen“. Und UN-Generalsekretär Ban Ki-moon sprach in einer von Angela Kane, der Hohen Repräsentantin für Abrüstungsfragen der Vereinten Nationen, verlesenen Botschaft von der Sinnlosigkeit, Unsummen an Geldern in die Modernisierung von Massenvernichtungswaffen zu investieren, die zur Bewältigung der großen globalen Herausforderungen wie Armut, Klimawandel, Extremismus und Destabilisierung durch die Ansammlung von Waffen dringend erforderlich wären.

Die Wiener Konferenz war die dritte ihrer Art nach Oslo (Norwegen) vor zwei Jahren und nach Nayarit (Mexiko) 2014. Im Gegensatz zu den ersten beiden Konferenzen nahmen in Wien erstmals die beiden Atommächte USA und Großbritannien teil. Auch die inoffiziellen Atomstaaten Pakistan und Indien waren dabei, China schickte inoffizielle Vertreter.

Das im März 1970 ratifizierte Abkommen, auch Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT) genannt, zielt darauf ab, die Verbreitung von Atomwaffen zu unterbinden. Die insgesamt 190 Vertragsstaaten bestehen aus zwei Gruppen: den Atomwaffenstaaten („Nuclear-Weapon States“ – NWS) USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien und den atomwaffenlosen Staaten („Non-Nuclear-Weapon States“ – NNWS). Das Abkommen verpflichtet die NWS zur vollständigen nuklearen Abrüstung und die NNWS zum Verzicht auf Kernwaffen.

In Artikel VI heißt es: „Jede Vertragspartei verpflichtet sich dazu, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle.“

Unterstützung von EU-Kommissarin Mogherini

Eine weitere wichtige Entwicklung zugunsten einer atomwaffenfreien Welt war die Ernennung der italienischen Außenministerin Federica Mogherini zur Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Das Amt hatte zuvor Catherine Ashton bekleidet.

Mogherini engagiert sich seit Jahren beim „Parlamentarischen Netzwerk für nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung“ (PNND). Sie hat eine Vielzahl von PNND-Initiativen einschließlich der Erklärung zur Unterstützung einer Atomwaffenkonvention und der Gemeinsamen Parlamentarischen Erklärung



Photo: © Magnus Aronson/WCC

Teilnehmende bei der Konferenz „Friedensaufbau und Fürsprachearbeit“ im altschwedischen Konferenzstädtchen Sigtuna, 1.-5.12.2014

für eine von Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen freien Region Nahost mitgetragen. Sie setzt sich zudem im italienischen Parlament für Abrüstungsinitiativen wie die im Juni 2009 einstimmig beschlossene Resolution ein, die den Fünf-Punkte-Plan des UN-Generalsekretärs für nukleare Abrüstung befürwortet.

Advocacy für gerechten Frieden: OeRK begründet weltweites Netzwerk

Um zusammen mit Kirchen, ökumenischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen einen nachhaltigen und gerechten Frieden zu schaffen hat der Oekumenische Rat der Kirchen (OeRK) während einer Konferenz vom 1. bis 5. Dezember in Sigtuna, Schweden, ein Oekumenisches Netzwerk für die Advocacy-Arbeit für Frieden (Ecumenical Peace Advocacy Network, EPAN) ins Leben gerufen. Das EPAN will das in einem Aufruf der OeRK-Vollversammlung von Busan 2013 formulierte Thema „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“ in konkrete Maßnahmen übersetzen.

Gastgeber der vom OeRK organisierten Konsultation und des Workshops zum Thema Friedenskonsolidierung und Advocacy für Gerechten Frieden waren die Kirche von Schweden, die Unionskirche in Schweden und der Christenrat von Schweden. Über 80 ökumenische Advocacy-Experten, Kirchenleitende sowie VertreterInnen der Zivilgesellschaft und von Partnerorganisationen der Vereinten Nationen aus 37 Ländern nahmen teil.

„Die Konsultation wollte Programmsynergien schaffen, Methoden der Zusammenarbeit entwickeln und den Austausch über bewährte Praktiken und Erfahrungen in der Friedenskonsolidierung, der Konfliktprävention und der Advocacy für Frieden fördern“, erklärte Rudelmar Bueno de Faria, OeRK-

Vertreter bei den Vereinten Nationen in New York.

In dem Workshop ging es schwerpunktmäßig um einen Rahmen für die Fürsprache-Arbeit für Frieden sowie um praktische Strategien und Werkzeuge zur Unterstützung der international koordinierten Advocacy für eine friedliche Welt. Eine solche Strategie würde von ökumenischen Organisationen wie dem OeRK und seinen Mitgliedskirchen, den Mitgliedern des ACT-Bündnisses, nationalen Kirchenräten und anderen zivilgesellschaftlichen Partnern umgesetzt werden müssen.

Bueno de Faria führt aus: „Die Konsultation und der Workshop waren für den OeRK Teil des umfassenderen Pilgerwegs der Gerechtigkeit und des Friedens und waren Grundlage für einen zielgerichteten Prozess, der die ökumenische Bewegung ausstatten soll, in der Advocacy für gerechten Frieden eine bedeutendere und wirkungsvollere Rolle zu spielen.“

„Um das während der Konsultation und des Workshops Geleistete weiterzuführen, werden wir 2015 zwei weitere Veranstaltungen in Afrika und im Nahen Osten organisieren, und dort Advocacy-Strategien und -Pläne formulieren, mit Hilfe derer wir gerechten Frieden stiften und Versöhnung und Konfliktprävention fördern können“, sagte er weiter.

Das neue ökumenische Netzwerk sei eine großartige Chance für die Kirchen, sich gemeinsam aktiv zu engagieren und sich auf globaler Ebene mit dem Thema Frieden und damit im Zusammenhang stehenden Fragen zu beschäftigen. Kirchen und ökumenischen Organisationen obliege die Verantwortung, sich selbst und ihre Mitglieder für konkrete Fragen des Weltfriedens zu mobilisieren und Einfluss auf Prozesse zu nehmen, die dauerhaften und gerechten Frieden herbeiführen, so Bueno de Faria.

Globales Aktionsbündnis: Wieder beim Weltkirchenrat

Der Oekumenische Rat der Kirchen (OeRK) und das Globale Oekumenische Aktionsbündnis (Ecumenical Advocacy Alliance, EAA) haben vereinbart, das EAA wieder als ökumenische Initiative in den OeRK einzubinden und so die Zukunft dieses vielfältigen christlichen Netzwerks für gezielte internationale Kampagnen zu ausgewählten Anliegen zu sichern.

„Der OeRK freut sich sehr bekannt zu geben, dass das Globale Oekumenische Aktionsbündnis zu einer ökumenischen Initiative des OeRK wird“, erklärte Pfr. Dr. Olav Fykse Tveit, Generalsekretär des OeRK. „Die Leiter des OeRK und des EAA haben sich gemeinsam bemüht, für die einzigartige Netzwerk- und Advocacy-Arbeit von EAA eine beständigere Struktur zu finden“.

Während der letzten 14 Jahre haben im EAA die römisch-katholische Kirche, protestantische, evangelikale und orthodoxe Kirchen sowie christliche Organisationen gemeinsam zu gezielten Themen Kampagnen ausgearbeitet. Als Organisation, mit der die Wirkung der auf dem Glauben beruhenden Stimmen und Aktionen für Gerechtigkeit maximiert werden sollte, hat das EAA ein hohes Maß an Anerkennung für christliches Sachverständnis und Fürsprache aufgebaut, insbesondere in den Bereichen HIV und AIDS, nachhaltige Landwirtschaft und Ernährungssicherheit. Doch wie in vielen anderen kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen haben die finanziellen Herausforderungen in den letzten Jahren seine Mitglieder und Partner veranlasst, über einen möglichst effizienten Einsatz der Finanzmittel zu diskutieren.

„Wir sind hochofregut, dass EAA mit seinem vielfältigen Netzwerk und einzigartigen Fürsprache-Ansatz auch weiterhin den Kirchen und christlichen Organisationen helfen wird, sich mit einer Stimme und gemeinsamen Kampagnen für Gerechtigkeit, Gesundheit und Menschenwürde einzusetzen“, erklärte Pfr. Dr. Richard Fee, Vorstandsvorsitzender von EAA und Generalsekretär der Life and Mission Agency der Presbyterianischen Kirche in Kanada. „Das ist eine konkrete Möglichkeit für den Oekumenischen Rat der Kirchen, bei der Förderung der ökumenischen Bewegung seine strategische Leitung anzubieten und eine wichtige Rolle zu spielen. Ich freue mich, dass wir die wichtigen Aufgaben des EAA innerhalb des OeRK weiter ausbauen können, wobei der Schwerpunkt auf nachhaltiger Landwirtschaft und HIV/AIDS liegen wird. Das EAA bringt dem OeRK Erfahrung in der Zusammenarbeit mit den Mitgliedern in Fragen der Fürsprache mit“, so Dr. Isabel Apawo Phiri, beigeordnete Generalsekretärin des OeRK.

Das EAA wurde im Dezember 2000 als Instrument für eine - sowohl hinsichtlich der christlichen Traditionen als auch in Bezug auf die Art der Organisationen - breit abge-

stützte ökumenische Zusammenarbeit in der öffentlichen Fürsprache gegründet. Die teilnehmenden Organisationen wählen für gezielte 4-Jahres-Kampagnen zwei spezifische globale Anliegen aus. Das EAA konzentriert sich seit seiner Gründung auf HIV/AIDS. Ab 2009 wird der zweite Schwerpunkt auf Ernährungssicherheit und nachhaltige Landwirtschaft gelegt.

Zu Beginn war das EAA verwaltungstechnisch beim OeRK angesiedelt, bis es 2009 zu einem unabhängigen Verein nach Schweizer Recht wurde. Beide Organisationen arbeiten weiterhin eng zusammen.

Bei den jüngsten Anstrengungen von EAA zu HIV/AIDS ging es in erster Linie um den Zugang zu Pflege und Behandlung und um Advocacy zur Überwindung von Stigmatisierung und Diskriminierung, insbesondere durch den Dialog zwischen Leitern von Glaubensgemeinschaften und Menschen mit HIV/AIDS.

Inzwischen spielt das EAA auch bei den landwirtschaftlichen Verhandlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Klimawandel und in anderen internationalen politischen Foren zu Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit unter den kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Aktivisten eine führende Rolle.

Christlicher Studentenweltbund: Gott kein patriarchaler Zuchtmeister

Die 35. Vollversammlung des Christlichen Studentenweltbundes (WSCF) in Kolumbien stand unter dem Thema „Wir sind viele, Wir sind eins - Ausgesandt um Gottes Frieden aufzurichten“. Generalsekretärin Christine Housel erklärte in ihrer Eröffnungsrede vor 180 Teilnehmenden aus aller Welt: „Wenn wir die Gaben unserer Verschiedenheit und die Bedeutung unserer Einheit feiern und erkunden, sind wir besser aufgestellt, um unserer Berufung gerecht zu werden und das zu verbinden, was weit entfernt ist, zu heilen, was zerbrochen ist, allen Geschöpfen Gottes Liebe zu erweisen, denn wir sind vereint durch die eine Vision, den Frieden Gottes, Gerechtigkeit und Liebe zu leben und zu teilen, für die es keine Grenzen gibt in dieser Welt.“

Dr. Fulate Mbanjo-Moyn, Direktorin des OeRK-Programms „Frauen in Kirche und Gesellschaft“, sprach zum Thema „Verschiedenheit entdecken, Transformation bewirken: eine postkoloniale ökofeministische ethische Perspektive“. Sie rief die christliche Studentenbewegung zu einer „Pilgerreise der Geschlechtergerechtigkeit“ auf. Solange es sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt gebe, sei Frieden unmöglich. Das Christentum habe Gott oft als patriarchalen Zuchtmeister präsentiert. Doch die Entscheidung Gottes, uns mit einem freien Willen auszustatten, offenbare einen Gott, dessen Herz eine Liebesbeziehung gewagt hat und eben keine Unterwerfung gewollt habe.

Hilfsorganisationen: Schutz angemahnt

Zweihunddreißig Hilfsorganisationen aus Europa haben die Regionen aufgefordert, sicherzustellen, daß Menschen ihr fundamentales Recht auf humanitäre Hilfe in Anspruch nehmen können. Unter den Organisationen sind Christian Aid, Islamic Relief Worldwide, International Rescue Committee sowie auch ACT (Action of Churches Together) Alliance; sie fordern in Konfliktregionen ungefährdeten Zugang zu den hilfsbedürftigen Menschen und erwarten von den Staaten, dass sie den humanitären HelferInnen Schutz und Sicherheit gewähren. Die Organisationen haben eine gemeinsame Erklärung unterschrieben, in der sie ihre Besorgnis Ausdruck verleihen, dass die Prinzipien der Menschlichkeit, der Neutralität, der Unparteilichkeit und der Unabhängigkeit zunehmend bedroht seien. Unsichere Verhältnisse, politische Einflussnahme auf Hilfsaktionen und die Anwendung neuer Gesetze gegen Terrorismus seien dabei nur einige der Bedrohungen, denen sich die MitarbeiterInnen der Hilfswerke ausgesetzt sähen. Die Erklärung wurde verfasst als Teil der europäischen Vorbereitung auf den für 2016 von den Vereinten Nationen geplanten Weltgipfel über Humanitäre Hilfe, des ersten seiner Art überhaupt.

OeRK und Evangelikale Allianz: Möglichkeiten zur Zusammenarbeit

Im Angesicht dessen, was beide Seiten als die „gegenwärtigen weltweiten Realitäten“ beschreiben, haben sich im Januar 2015 - während der Gebetswoche für die Einheit der Christen - Repräsentanten von WEA und WCC in Bossey bei Genf getroffen, um zu besprechen, welche Möglichkeiten es für zukünftige Kooperationen geben kann. Dabei tauschten sich die Anwesenden über Einschätzungen und eigene Pläne aus. In einer gemeinsamen Presseerklärung hieß es anschließend: „Angesichts der Notwendigkeit, Zeugen für Christus zu sein, haben die Teilnehmenden verschiedene Möglichkeiten identifiziert, wie sie gemeinsam auf die Bedürfnisse von Gruppen und Gemeinschaften überall in der Welt antworten können“. „Weil eine gemeinsame Antwort an die leidende Welt so wichtig ist, werden wir uns erneut treffen, um die Möglichkeiten der Kooperation weiter auszuloten“.

Dem OeRK gehören 345 Mitgliedskirchen an, der WEA Kirchen in 129 Ländern. Auch wenn es bei der Mitgliedschaft Überschneidungen gibt, gibt es dennoch erhebliche Unterschiede in der Zusammensetzung der Mitgliedschaften.

Aus oekumenischen NETZEN

► Bremen

Studienreise nach Israel und Palästina: „Kommt und seht!“

Neben der 2013 und 2014 durchgeführten Veranstaltungsreihe „Bremer Gespräche zum Nahen Osten“ führte die Fachstelle eine für Multiplikatoren der BEK ausgeschriebene Studienreise nach Israel und Palästina durch. 23 Personen nahmen an der Studienreise vom 12.–21. Oktober 2014 teil. In Jerusalem, Bethlehem und Hebron fanden Gespräche mit jüdischen, christlichen und muslimischen Vertretern statt. Die eindringlichen Erfahrungen der Reise – basierend auf den Tagebuchaufzeichnungen der Teilnehmenden – liegen in der Berichtsbroschüre „Kommt und seht!“ zur Studienreise nach Israel und Palästina vor. Als Bilanz sehen die Reiseteilnehmerinnen, dass Frieden nur auf der Basis der Zuerkennung gleicher Würde für beide Völker errungen werden kann; in der Weiterarbeit sollen die Stimmen unabhängiger israelischer und palästinensischer Aktiver für gerechten Frieden zu Gehör gebracht und in Deutschland verbreitet werden, Aufbauinitiativen für Entwicklung Palästinas sollen unterstützt werden und im politischen Feld ist für ein Ende der Besatzung einzutreten. In der Nachbereitung der Studienreise fand ein Gespräch mit der jüdischen Gemeinde statt, Pastor Martin Pühn, Referent der EKD für den Nahen Osten, wurde zum Vortrag eingeladen. Vom 13. April bis 6. Mai wird die von EAPPI-Freiwilligen erstellte Ausstellung über „Kinder in israelischer Militärhaft“ gezeigt.

Oekumenischer Pilgerweg Klimagerechtigkeit

Auf dem Weg zum „Weltklimagipfel“ der Vereinten Nationen im Dezember 2015 in Paris wird der ökumenische Pilgerweg für Klimagerechtigkeit von Norden kommend vom 1.–3. Oktober in Bremen Station machen. Inhaltliche Bezugspunkte sollen Meeresspiegelanstieg-Weservertiefung und ein Jugendprojekt zu Mülltüten und Elektronikschrott sein, das die Ergebnisse einer Initiative der Mitgliedskirchen der Norddeutschen Mission in Ghana, Togo und Deutschland vorstellt. Die Klimakommission der Bremischen Evangelischen Kirche unterstützt den Pilgerweg (se. auch www.klimapilgern.de).

Oekumenischer Stadtkirchentag 2016

Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Bremen (ACK) hat sich entschieden, einen ökumenischen Stadtkirchentag im Sep-

tember 2016 zu organisieren. Im zweiten Plenumsworkshop am 24. Februar wurde die inhaltliche Ausrichtung dieses kirchlichen Großereignisses auf das Bibelwort „Lenke unsere Schritte auf den Weg des Friedens“ näher bestimmt.

UWE IHSSSEN

Kontakt: Fachstelle „Oekumene und Weltverantwortung“ im Evangelischen Bildungswerk Bremen, forum Kirche Hollerallee 75, 28209 Bremen, Tel.: 0421/3461536 www.oekumenische-initiative.de

► Berlin

Fest der Kirchen auf dem Alexanderplatz

„Aus Freude am Glauben“ präsentieren Christen beim 4. Berliner Fest der Kirchen am 12. September 2015 auf dem Alexanderplatz zwischen Weltzeituhr und Brunnen der Völkerfreundschaft ihre Vielfalt und stellen ihr religiöses, soziales und kulturelles Engagement vor. Ganz bewusst gehen sie aus den Kirchen hinaus mitten auf den Marktplatz. Mitbeteiligt ist die Oekumenische Initiative Eine Welt in Berlin-Köpenick, die in Fragen konziliarer Prozess und Lokale Agenda 21 sowie ökofaire Beschaffung Vorbildliches leistet. Das Fest beginnt um 14 Uhr. Neben dem Markt der Möglichkeiten wird es wieder ein Bühnenprogramm geben. Um 18 Uhr beginnt ein ökumenischer Gottesdienst. Den Abschluss bildet um 20 Uhr ein Konzert der Golden Gospel Pearls.

Kontakt: Hans-Joachim Ditz

Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg (ÖRBB)

Gierkeplatz 2–4, 10585 Berlin

Tel.: 030/3421000, mobil: 0170-5244137

ditz@oerbb.de, www.oerbb.de

► Rhein-Mosel-Saar

„Das ‚Ganze‘ verändern“ verändert sich – Diskussion um adäquate und radikale Gesellschaftskritik

Seit 2012 beschäftigt sich das Oekumenische Netz Rhein-Mosel-Saar mit der Weiterentwicklung seines Grundsatzpapiers „Das ‚Ganze‘ verändern“ aus dem Jahr 2005. Dies ist notwendig, da der Kapitalismus immer weiter in die Krise gerät und keinerlei Abhilfe in Sicht ist – nicht erst gestern ist die Krise schon vor der deutschen Haustüre angekommen, im krisengeschüttelten Griechenland und in der zusammenbrechenden Ukraine.

Die Kritik des Marktes und der Konkurrenz gehörte von Anfang an zum Oekumenischen Netz Rhein-Mosel-Saar. Inzwischen ist klar geworden, dass diese Kritik alleine unzureichend ist. Die Substanz des „Fetischismus des Geldes“ (Papst Franziskus), die in der (abstrakten) Arbeit besteht, ebenso wie die Funktion von Staaten als „ideelle Gesamtkapitalisten“ (Friedrich Engels) sind zu kritisieren und wurden bei den Netzversammlungen und in den anschließenden Netztelegrammen thematisiert. Das gleiche gilt für die weiblich konnotierte Abspaltung, ohne die der männlich konnotierte (Mehr-)Wert gar nicht produziert werden könnte. Zur kompletten kritischen Anamnese des „warenproduzierenden Patriarchats“ (Roswitha Scholz) gehört auch die ideengeschichtliche Grundlage, nämlich die Kritik der Aufklärung, die im aktuellen Netztelegramm dargelegt wird (www.oekumenisches-netz.de/NT15-01.pdf). Bei den nächsten Netzversammlungen sollen noch die politische Ökologie, die ideologische und psychische Verarbeitung von Krisenprozessen, die Rolle der Kirchen und vermeintliche sowie tatsächliche Alternativansätze vorgestellt und diskutiert werden.

Nach einer ersten Neuformulierung des Grundsatzpapiers – voraussichtlich Anfang 2017 – wird der Versuch unternommen, es mit allen Mitgliedsgruppen zu diskutieren, um es auf eine möglichst breite Basis innerhalb dieses regionalen ökumenischen Netzes zu stellen. Im Anschluss daran soll es mit Menschen in der rheinischen Landeskirche sowie im Bistum Trier (und gerne darüber hinaus, falls Interesse bei anderen Gruppen und Organisationen besteht) diskutiert werden, sodass schließlich – zumindest kirchlich – auch praktische Schlüsse daraus gezogen werden können.

Kontakt: Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar

Dominic Kloos, Löhrrstr. 51, 56068 Koblenz

Tel: 0261/29681691

info@oekumenisches-netz.de

www.oekumenisches-netz.de

► Sachsen

Von Mexiko bis Griechenland – Schuldenkrisen, alte Rezepte und keine Lösungen

Vom 11. bis 26. Februar 2015 zeigte das Oekumenische Informationszentrum die Ausstellung „Geschichten der Schuldenkrise“ in der Dreikönigskirche in Dresden. Die Ausstellung war der Auftakt der Kampagne „Höchste Zeit für die Lösung der Schuldenkrise“, die von Erlassjahr.de und aktiven Mitträgerorganisationen, wie dem Oekumenischen Informationszentrum und dem Entwicklungspolitischen Netzwerk Sachsen, getragen wird. Höhepunkt der

Kampagne sind Aktionen rund um das Treffen der Finanzminister der G7-Staaten vom 27.–29. Mai 2015 in Dresden (se. auch Meldung unter „Erlassjahr“).

Solidarität in der Schuldenkrise: Die solidarischen Kliniken in Griechenland

Vor allem Deutschland fordert als Lösung für die Schuldenkrise in Griechenland eine strikte staatliche Sparpolitik. Die Folgen für Griechenland sind Massenarbeitslosigkeit, der Kollaps der staatlichen Sozialhilfe, eine deutlicher Anstieg der Selbstmordrate sowie der faktische Zusammenbruch des Gesundheitssystems. Davon handelte ein Vortrag des OeIZ mit der Gruppe polar am 26. Februar im Stadtteilhaus Äußere Neustadt.

Der Protest dagegen – Demonstrationen und Generalstreiks – hat über die Jahre abgenommen. Basisdemokratisch organisierte Strukturen hingegen, die praktische Solidarität gegen Sparpolitik und Ökonomisierung der Gesellschaft setzen, weiten sich aus. Ein Beispiel hierfür sind die solidarischen Kliniken. Allein in Athen gibt es mehr als 15 dieser Einrichtungen. Die ehrenamtlichen HelferInnen und ÄrztInnen behandeln Menschen, die nicht versichert sind: GriechInnen und MigrantInnen gleichermaßen sowie Versicherte, die sich die Zuzahlungen nicht mehr leisten können. Die solidarischen Kliniken verstehen sich aber nicht als Wohlfahrts-einrichtungen, sondern als politische Akteure.

Kontakt: Oekumenisches Informationszentrum e.V.
Silke Pohl, Kreuzstraße 7, 4. Etage
01067 Dresden, Tel.: 03 51/492 33 63
gerechtigkeit@infozentrum-dresden.de

► Oekumenische Initiative Eine Welt (OeIEW)



Den Großen Wandel leben!

Die Gestaltung des Übergangs zu einer nachhaltigen, gerechten und friedvollen Welt ist Thema der Frühjahrstagung „Den Großen Wandel leben! – für eine partnerschaftliche Weltgemeinschaft“ der Oekumenischen Initiative Eine Welt (OeIEW).

Von Freitag, 24. April 2015 ab 16 Uhr bis Sonntag, 26. April 2015 bis 14 Uhr. Am Freitagabend wird es in der Zukunftswerkstatt Oekumene in Warburg-Germete Impulse von Geseko von Lüpke (Ethnologe, Journalist und Autor) und Dominik Werner (Theaterpädagoge mit Schwerpunkt „Bil-

dung für nachhaltige Entwicklung“) geben.

Geseko von Lüpke hat zahlreiche Schriften zum Themenbereich „Großer Wandel“ verfasst. Er wird aus seinem aktuellen Buchprojekt berichten. Seine Erzählungen von weltweiten Projekten und Initiativen, die alternative Lebensformen, ganzheitliche Ansätze und interkulturellen Dialog für Nachhaltigkeit, Frieden und Gerechtigkeit im Sinne der Erd-Charta verbinden, sind für das eigene Engagement ermutigend und inspirierend. Geseko von Lüpke wird zu Beginn der Tagung Ebenen und Kennzeichen des Großen Wandels aufzeigen – also wie Veränderungsprozesse hin zu einer zukunftsfähigen Weltgesellschaft ablaufen und initiiert werden.

Das von Geseko von Lüpke Erzählte wird der Theaterpädagoge Dominik Werner aufgreifen und vertiefen. Mit interaktiven Elementen aus der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“-Theaterarbeit lädt er die Tagungsteilnehmenden ein, miteinander und dem Thema in unmittelbarem Kontakt zu gehen. Über der Zukunftswerkstatt entsteht ein „Regenbogen der Wünsche“.

Mit dem Open Space bieten wir am Samstag und Sonntag einen „offenen Raum“ für das, was aus der Gruppe der Anwesenden heraus entstehen möchte.

Alle Teilnehmenden sind herzlich eingeladen, ihre Workshop-Angebote, Themen und Fragen in den „Open Space“ zum Großen Wandel einzubringen (Anmeldeschluss: 20. April 2015).

KERSTIN VEIGT

Kontakt: Oekumenische Initiative Eine Welt e.V. / Erd-Charta-Koordinierungsstelle
Mittelstr. 4; 4474 Diemelstadt-Wethen
Tel.: 0 56 94/14 17, kerstin.veigt@oeiew.de
www.oeiew.de, www.erdcharta.de

► Plädoyer für eine ökumenische Zukunft



Konsultationsprozess

Da sich die gesellschaftliche und ökumenische Situation im Wandel befindet, muss auch die Rolle und Aufgabe des PLÄDOYERS neu positioniert werden. Deshalb hat der Fortsetzungsausschuss beschlossen, dass die kirchenpolitisch-ökumenischen und die bildungsorientierten Aktivitäten des PLÄDOYERS im Laufe dieses Jahres in einem ergebnisoffenen Konsultationsprozess überdacht werden. Ein Anlass dafür war auch die Beendigung der Geschäftsführertätigkeit von Werner Gebert nach 12 Jahren.

Es geht vor allem um die Themen, denen

sich die ökumenische Bewegung in Deutschland arbeitsteilig stellen muss, darunter Klimagerechtigkeit, Flüchtlingsschutz, Fremdenfeindlichkeit, interreligiöse Kooperation, rechte Bewegungen, Wachstumsfetischismus, Kapitalismus als Bekenntnisfrage, Reformation/Transformation etc. Für das PLÄDOYER ist die Frage, wie die Zusammenarbeit mit dem OeRK gestaltet und weitergeführt werden kann, von bleibender Bedeutung. Geplant sind Interviews, die Erarbeitung einer Analyse, die Erstellung eines Memorandums zur ökumenischen Situation in Deutschland und eine Akademietagung.

Die bisherigen Geschäfte des PLÄDOYERS sollen in reduzierter Form aufrecht erhalten werden, wobei nicht alle Kontakte und Mitgliedschaften bedient werden können.

Das PLÄDOYER wird jüngere und ältere Menschen, die sich der ökumenischen Bewegung verpflichtet wissen, um ihre Mithilfe bei dieser Neukonzeption bitten.

WERNER GEBERT

Kontakt: PLÄDOYER für eine ökumenische Zukunft
c/o Pfr. i. R. Werner Gebert
Banweg 14, 72131 Ofterdingen
Tel.: 07473/959898, Fax: -959894
euw.gebert@t-online.de

► Versöhnungsbund



Für eine neue Friedens- und Entspannungspolitik

Mit dem „Berliner Appell“ setzt sich der Versöhnungsbund für eine neue Entspannungspolitik und für ein Sicherheitskonzept ein. Angesichts der Eskalation von Gewalt und Kriegsgefahr in der Ukraine bittet der Versöhnungsbund, den Appell zu unterstützen. Der Aufruf steht unter dem Motto: „Die Spirale der Gewalt beenden – Für eine neue Friedens- und Entspannungspolitik“. Darin heißt es dann: „Das in Minsk am 12. Februar 2015 von Deutschland, Frankreich, Russland und der Ukraine ausgehandelte Abkommen über Waffenstillstand und Abzug der schweren Waffen bietet den Menschen in der Ukraine Hoffnung auf ein Ende des Blutvergießens und auf Friedensverhandlungen. Aber der Waffenstillstand kann weiterhin durch Provokationen, Waffenlieferungen und Kriegstreiber vor Ort sabotiert werden, so dass den Menschen dort und in Europa das Risiko der erneuten Eskalation und Ausweitung des Krieges droht. Gegen diese Gefahren sollten sich alle Europäer in Ost und West wenden: Angesichts der Ukraine-Krise, Konfrontation und Kriegsgefahr ist

die Zivilgesellschaft mehr denn je gefordert! Deshalb setzen wir uns für eine breite Mobilisierung der Zivilgesellschaft Äc gegen Waffenexporte und Kriegsgefahr“.

Kontaktadresse Burkhard Zimmermann
burkhard.z@t-online.de

70 Jahre Hiroshima und Nagasaki-Fastenkampagne

Eine Fastenkampagne hat Matthias-W. Engelke, Versöhnungsbund-Vorsitzender, in Gang gebracht. Er versprach vor fünf Jahren: „Solange ich lebe und solange Atomwaffen in Deutschland stationiert sind, werde ich jedes Jahr einen Tag länger für ihren Abzug und ihre Vernichtung fasten“. Das öffentliche Fasten beginnt jedes Jahr einen Tag früher. 2015 am 31. Juli. Die Fastenden und ihre Unterstützer gehen auf öffentliche Plätze, zu Botschaften, zu Regierungssitzen und militärischen Standorten, um eine atomwaffenfreie Welt zu fordern. Das öffentliche Fasten endet jedes Jahr am Atomwaffenstandort Büchel am 9. August. In den Tagen davor, ab dem 6. August, gibt es eine Mahnwache am Haupttor und Protestaktionen in der Region. Auch in anderen Ländern finden Fastenaktionen statt.

Beteiligungsmöglichkeiten an der öffentlichen Fastenkampagne für eine atomwaffenfreie Welt sind eine Selbstverpflichtung:

- ▷ Sie verpflichten sich an der Kampagne teilzunehmen.
- ▷ Sie erklären: Ich werde jedes Jahr einen Tag länger fasten – so lange, bis die Atomwaffen abgezogen sind;
- ▷ oder eine Unterstützungsaktion 2015: Sie unterstützen die Fastenkampagne, indem Sie dieses Jahr einen oder mehrere Tage in Ihrer Heimatstadt oder an einem anderen Ort öffentlich fasten.

Weitere Informationen: mwEngelke@t-online.de

Kontakt: Versöhnungsbund e.V., Schwarzer Weg 8
32423 Minden, Tel.: 0571/85 08 75

vb@versoehnungsbund.de, www.versoehnungsbund.de

► Oekumenische Versammlung



Arbeit wird fortgesetzt

Ratschlag

Im Anschluss an die Botschaft der Oekumenischen Versammlung in Mainz 2014 lädt ein Vorbereitungskreis gesellschaftlich engagierte Menschen und Organisationen ein, der zunehmenden Radikalisierung des Kapitalismus gemeinsam die Stirn zu bieten.

Der „Ratschlag“ am Rande des Kirchentags soll Vertreter ökumenischer Initiativen und der Zivilgesellschaft einschließlich der Gewerkschaften zusammenbringen unter dem Thema „Die globale Schuldenkrise – eine Krise des Kapitalismus“. Das geschieht im weltweiten Zusammenhang des gemeinsamen ökumenischen Lernweges zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Der Ratschlag will die Erfahrungen und Erkenntnisse von Menschen und Organisationen zu der Problematik erdrückender Schulden zusammentragen, gemeinsam Alternativen ausloten und erörtern, inwieweit die Teilnehmenden gemeinsam gegen diese Leben zerstörende grenzenlose Verschuldung ihre Stimme erheben können.

Flyer

Nach der Oekumenischen Versammlung 2014 in Mainz bildete sich ein Arbeitskreis „Umsetzung der Mainzer Botschaft“. Er hat zum Ziel, an den in der Mainzer Botschaft aufgeworfenen großen Fragen und Visionen weiterzuarbeiten und konkrete Projekte zur Umsetzung der Mainzer Botschaft zu entwickeln.

Mit einem Flyer, der zum DEKT 2015 in Stuttgart erscheinen soll, möchte der Arbeitskreis zur Diskussion dieser Fragen anregen und alle zur Mitarbeit an den Projekten einladen.

Der Arbeitskreis ist – genauso wie die „Mainzer Botschaft“ der letzten Oekumenischen Versammlung – im konziliaren Prozess „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ verankert. Er versteht sich als Teil des siebenjährigen Pilgerwegs der Gerechtigkeit und des Friedens, zu dem die 10. Vollversammlung des Oekumenischen Rates der Kirchen 2013 in Busan aufrief. Zugleich werden die Anliegen von Papst Franziskus aufgegriffen, die er in „Evangelii Gaudium“ formuliert hat.

Als Alternative zum Kapitalismus suchen die AK-Mitarbeitenden eine Ökonomie des Lebens: Demokratisierung und Solidarisierung bzgl. der Grundbedürfnisse und der Lebensgrundlagen, Primat ziviler Konfliktbearbeitung statt militärischer Auseinandersetzung, Erhaltung der natürlichen Vielfalt und Wertschätzung der verschiedenen der Kulturen. Dies erfordert eine Abkehr vom zerstörerischen Wirtschaftswachstum und eine globale „gemeinsame gesellschaftliche Veränderung“ (Transformation).

Neben der Vorstellung des Arbeitskreises will der Flyer eine breite Leserschaft auf die Mainzer Botschaft aufmerksam machen und zugleich als Erstlektüre dienen. Dabei werden vor allem die in der Mainzer Botschaft formulierten drei Stufen auf dem Weg zur Umsetzung in den Blick genommen:

- ▷ die Vision (Via positiva),
- ▷ der Skandal (Via negativa) sowie
- ▷ der Wandel (Via transformativa).

Unter dem letzten Punkt werden auch die Projekte aufgezählt, an denen der AK in

nächster Zeit mitwirkt. Dabei sei auf die Präsentation der ÖV 2014 im „Zentrum Frieden“ während des DEKT in der Stuttgarter Friedenskirche verwiesen.

Religionen und Weltanschauungen verbindend setzt sich der Kreis ein für die universale Achtung der Menschenrechte. Er will in Alltag und Politik dazu beitragen, unsern Kindern und Enkeln mehr als ein bloßes Überleben zu schenken: eine Welt der Vielfalt und der Freude. Jeder, der dabei unterstützen möchte, ist herzlich willkommen!

MYRIAM UEBERBACH und CHRISTOF GROSSE
für den AK Umsetzung der Mainzer Botschaft
Kontakt: umsetzung-mb@oev2014.de

Podiumsgespräch bei Kirchentag

Während des Kirchentags wird ebenfalls in Fortsetzung der Mainzer Oekumenischen Versammlung eine Podiumsdiskussion mit den dortigen Hauptreferenten stattfinden. Sie wird organisiert durch Michael Held vom Oekumenischen Netz in Deutschland.

Kontakt für Podiumsveranstaltung: Arbeits- und Koordinierungsstelle Praktische Schritte für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung
Simo-Haune-Str. 15, 36251 Bad Hersfeld
Tel.: 0 66 21/62 01 86, Fax: -6 56 45, A-P-S@gmx.de

► Kirchentag



Basisengagement

Über 30 Friedensorganisationen präsentieren während des Kirchentags ihre Erfahrungen und ihr Friedenswissen in Bibelarbeiten, Gottesdiensten, Podiumsdiskussionen, Filmveranstaltungen, Workshops, mit kulturellen Angeboten und Ausstellungen. Sie laden ein zum Austausch und zur Diskussion, zum Kennenlernen und Ausprobieren, zum Innehalten und zum religionsverbindenden Friedensgebet. 60 Veranstaltungen zu Gewaltfreiheit, Pazifismus, Friedenstheologie und interreligiöser Zusammenarbeit sind in Vorbereitung.

Einige Schwerpunkte lauten:

- ▷ Friedensgebet mit Vertretern der großen Weltreligionen
- ▷ Einen Diktator ohne Waffen stürzen – gewaltfrei Menschenrechte schützen
- ▷ Kirche des Friedens werden – auf dem Pilgerweg ...
- ▷ Gewaltfreie Initiativen in der Ukraine
- ▷ Friedensdienst in unfriedlichen Zeiten
- ▷ Tod durch Kleinwaffen-Export
- ▷ USA: Krieg wird von Stuttgart aus geführt

- ▷ *Die Wurzeln der friedlichen Revolution 1989*
- ▷ *Training in Gewaltfreier Aktion*
- ▷ *Gewissensfreiheit contra Steuerpflicht*
- ▷ *Atomwaffen verbieten*
- ▷ *Begleitung von Flüchtlingen*
- ▷ *Russland – Nato – Kalter Krieg*
- ▷ *Goss-Mayr, Gandhi, Bart de Ligt*
- ▷ *„Will Gott den(n) Krieg?“*

Zu den Referenten zählen u. a. Andreas Zumann, Diana Francis, Fernando Enns, Antje Vollmer, Jürgen Grässlin, Markus Weingardt, Martin Arnold, Ulrich Börngen, Peter Schönhöffer.

Der Eintritt zu allen Veranstaltungen in den Räumen der Evangelischen Friedenskirchengemeinde, Schubartstr. 12 in Stuttgart, ist frei.

Kontakt: Jan Stehn, Schwielowseestr. 91, 14548 Caputh
 info@zentrumfrieden2015.de, Tel.: 03 32 09/2 04 30
 www.zentrumfrieden.de

▶ Erlassjahr



Höchste Zeit für die Lösung der Schuldenkrise

Auf Initiative der Entwicklungs- und Schwellenländer haben die Vereinten Nationen beschlossen, bis September 2015 ein Verfahren zur Lösung von Schuldenkrisen zu schaffen. Das bedeutet eine historische Chance auf ein Leben in Würde für Millionen Menschen in überschuldeten Staaten. Doch einige reiche Länder, darunter Deutschland, blockieren diesen Prozess. Sie messen der Rückzahlung von Schulden mehr Bedeutung bei als den Lebensbedingungen der Menschen in den Schuldnerländern.

Ende Mai treffen sich die Finanzminister der reichsten Industriestaaten (G7) in Dresden. Ein Thema auf ihrer Agenda wird dabei der Umgang mit den Staatsschuldenkrisen in Europa sein. Dabei übersehen die Minister gerne, dass auch in Asien, Afrika und Lateinamerika alte und neue Schuldenkrisen ganze Staaten und Volkswirtschaften bedrohen. Die politischen Reaktionen gleichen sich in allen Schuldenkrisen der letzten Jahrzehnte. Damals wie heute werden bei der „Krisenbewältigung“ eher die Gläubiger und Investoren als die Menschen in den verschuldeten Ländern gerettet. Die Sparzwänge der Staaten treffen zumeist besonders die, die in Armut und ohne soziale Absicherung leben.

Die Bewegung „Erlassjahr“ fordert die Finanzminister der G7-Staaten bei ihrem

Treffen vom **27.–29. Mai 2015** in Dresden auf, ihre Blockade aufzugeben und sich an der Schaffung eines geordneten Insolvenzverfahrens für Staaten in den Vereinten Nationen zu beteiligen.

Neue Schuldenkrisen drohen

In armen Ländern reichen die eigenen finanziellen Mittel oft nicht aus, um Entwicklung zu finanzieren. Sie müssen daher Kredite aufnehmen, um zum Beispiel die Energieversorgung auszubauen. Momentan können Entwicklungsländer relativ einfach an Geld kommen.

Doch die Erfahrung zeigt, dass in der Realität immer die Gefahr einer Schuldenkrise besteht. Experten schätzen, dass sich in wenigen Jahren die Bedingungen für die Kreditvergabe ändern und viele Entwicklungsländer in eine neue Schuldenkrise geraten. Ohne ein faires Verfahren zur Lösung dieser Krisen werden sie ebenso dramatische Konsequenzen für die Menschen in den betroffenen Ländern haben wie die Schuldenkrisen der Vergangenheit.

Neue Mechanismen für ein tragfähiges Schuldenmanagement – Ein Vorschlag

Ein Verfahren, welches nicht nur das politisch und ethisch fragwürdige Ungleichgewicht zwischen den beteiligten Parteien überwände, sondern zudem wirtschaftlich sinnvollere und damit effizientere Ergebnisse hervorbrächte, müsste vier Kernelemente enthalten:

1. *Eine neutrale von Gläubiger- wie Schuldnerinflüssen unabhängige Entscheidungsinstanz;*
2. *Das Recht aller betroffenen Parteien, vor einer Entscheidung angehört zu werden;*
3. *Den prinzipiellen Schutz des Existenzminimums des Schuldners – in diesem Fall der wirtschaftlich schwächsten Sektoren der Bevölkerung eines verschuldeten Staates – bevor über Zahlung oder Nichtzahlung entschieden wird;*
4. *Die Einrichtung eines automatischen Zahlungsstopps, sobald ein solches „Insolvenz-“ oder „Schiedsverfahren“ in Gang gebracht wurde; damit soll verhindert werden, dass Einzelgläubiger sich Zugriff auf vorhandene Aktiva des Schuldners vor anderen Anspruchsberechtigten verschaffen.*

Erlassjahr befürwortet dazu den Vorschlag einer Internationalisierung des Kapitels 9 des US-amerikanischen Insolvenzrechtes, welches die Behandlung souveräner Gebietskörperschaften („Municipalities“) im Fall ihrer Zahlungsunfähigkeit regelt. Das Kapitel 9 enthält alle oben genannten Elemente und wird in den USA seit den dreißiger Jahren erfolgreich angewandt.

Ein faires und transparentes Schiedsverfahren für überschuldete Staaten ist jetzt dringender denn je: :

▷ *Damit die Bevölkerung des Schuldnerlandes und ihre Grundversorgung geschützt sind*

- ▷ *Damit die Gläubiger an den Kosten einer Schuldenkrise beteiligt werden*
- ▷ *Damit die Kreditvergabe verantwortungsvoller wird*

Was tun?

„Erlassjahr“ schlägt vor:

- ▷ *die Forderung online zu unterzeichnen oder die Aktionspostkarte zu bestellen*
- ▷ *teilzunehmen am 27. Mai 2015 in Dresden, um auf diese Forderung aufmerksam zu machen!*
- ▷ *vor Ort eine Aktion im Kampagnen-Zeitraum zu organisieren!*

Das kostenlose Kampagnen-Kit enthält alle wichtigen Informationen, zahlreiche Aktionsvorschläge, Sticker, Filme und natürlich das Kampagnenarmband.

Die Kampagne „Höchste Zeit für die Lösung der Schuldenkrise“ läuft bis zum Treffen der Finanzminister der G7-Staaten Ende Mai.

Kontakt: Erlassjahr – Entwicklung braucht Entschuldung e.V., Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf
 Tel.: 02 11/46 93-196, Fax.: 02 11/46 93-197
 buero@erlassjahr.de, www.erlassjahr.de

▶ Oekumenische BAG Asyl in der Kirche



Neue Bedingungen in der Praxis des Kirchenasyls

Seit über 30 Jahren wird in Deutschland Kirchenasyl praktiziert und dadurch Geflüchteten in kirchlichen Räumen Schutz gewährt. Es ist Ultima Ratio, wenn die Abschiebung in menschenrechtsverletzende Verhältnisse droht oder wenn Leib und Leben im Falle einer Abschiebung gefährdet sind.

Die Tradition des Kirchenasyls wird vom Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge (BAMF) grundsätzlich toleriert.

Allerdings gab das BAMF im Januar 2015 eine neue Bewertung des Kirchenasyls bekannt. Diese betrifft Geflüchtete, denen nach der so genannten „Dublin III“-Verordnung die Rückschiebung in ein anderes europäisches Land droht. Das BAMF äußert dazu folgende Einschätzungen:

- ▷ *In der Regel drohe in so genannten „Dublin“-Fällen keine Gefahr für Leib und Leben.*
- ▷ *Menschen im Kirchenasyl gälten als „flüchtig“, wodurch sich im Rahmen der „Dublin III“-Verordnung die Frist, nach der*

Deutschland für das Aufenthaltsverfahren zuständig wird, von sechs auf 18 Monate verlängere.

▷ Zudem bedeute das Ablaufen dieser verlängerten Frist nicht zwangsläufig, dass das Asylbegehren auch tatsächlich in Deutschland geprüft werden müsse.

Die Oekumenische Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Asyl in der Kirche hat an Gesprächen mit VertreterInnen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) mit dem BAMF teilgenommen und schätzt die Gesprächsbereitschaft aller Beteiligten.

Sie bedauert die neuen Einschätzungen des BAMF und teilt sie nicht. Aus zahlreichen unabhängigen Berichten geht hervor, dass Geflüchtete nicht überall in Europa menschenwürdig behandelt werden, sondern dass es innerhalb der Europäischen Union regelmäßig zu Menschenrechtsverletzungen kommt (vgl. www.bordermonitoring.eu). So führt die „Dublin III“-Verordnung zu Abschiebungen in menschenunwürdige Zustände, hat Familientrennungen, Obdachlosigkeit und Kettenabschiebungen zur Folge. Die besondere Schutzwürdigkeit z.B. von Traumatisierten, Kranken oder Kindern wird nicht ausreichend berücksichtigt.

Dass Menschen im Kirchenasyl nicht „flüchtig“ sind, ist offensichtlich: ihr Aufenthaltsort ist den Behörden bekannt. Die BAG Asyl ist überzeugt, dass auch Gerichte in diesem Sinne entscheiden werden.

Eine Verlängerung der „Dublin“-Frist bedeutet für alle Beteiligten – insbesondere für die Menschen im Kirchenasyl – eine höhere Belastung, einen länger andauernden Zustand der Ungewissheit. Dennoch werden Kirchengemeinden nach sorgfältiger Einzelfallprüfung weiterhin Kirchenasyl gewähren und dadurch Menschen, deren Leben auch durch deutsche und europäische Asylgesetze bedroht wird, begleiten und schützen.

Die Oekumenische BAG Asyl in der Kirche will ihnen dabei weiterhin zur Seite stehen. In diesem Sinne unterstützt sie auch die aktuelle Kampagne von PRO ASYL, die sich für Flüchtlingsschutz stark macht. Sie ist unter www.wir-treten-ein.de zu finden und kann dort unterzeichnet werden.

DIETLIND JOCHIMS

Vorsitzende der Oekumenischen BAG Asyl in der Kirche
Kontakt: Oekumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V., Kirche Zum Heiligen Kreuz
Zossener Str. 65, 10961 Berlin, Tel: 0 30/25 89 88 91
Fax: 0 30/69 04 10 18, info@kirchenasyl.de
www.Kirchenasyl.de

► ESG



De Maizière soll aus Kirchentagspräsidium ausscheiden

Den Rücktritt von Thomas de Maizière aus dem Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages forderte die Hauptamtlichenkonferenz der ESG (Verband der Evangelischen Studierendengemeinden in Deutschland) auf ihrer Tagung in Konstanz am 25.2.2015.

Thomas de Maizière habe sich mit seinen fortgesetzten Angriffen gegen die Institution des Kirchenasyls nachhaltig diskreditiert. Kirchenasyl sei kein paralleles Rechtssystem, sondern dient im Gegenteil der Verfeinerung und Humanisierung rechtsstaatlicher Praxis. Dies ergebe sich allein schon aus der hohen Erfolgsquote des Kirchenasyls, das üblicherweise in enger Abstimmung mit den zuständigen staatlichen Behörden gewährt wird.

Durch seine in der Sache problematische Gleichsetzung von Kirchenasyl und Scharia treibe de Maizière einen Keil zwischen ChristInnen und MuslimInnen sowie Kirche und Gesellschaft. „Das halten wir für unsäglich und nicht hinnehmbar.“

Die jüngsten Auslassungen von Thomas de Maizière seien keine einmalige Entgleisung, sondern hätten eine lange Vorgeschichte. Bereits vor Jahren hatte de Maizière in einem Schreiben an die damalige Flüchtlingsbeauftragte der nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Landeskirche, Fanny Dethloff, seine Auffassung bekräftigt, dass „für ein ‚Kirchenasyl‘ in einem Rechtsstaat grundsätzlich kein Raum“ sei. „Unsere Rechtsordnung“ biete „sowohl den Kirchen als auch ihren Mitgliedern ausreichend Raum, sich für schutzsuchende Ausländer einzusetzen“. Diese Auffassung wird – so die ESG – durch die Zustände an Europas Außengrenzen, die europäische Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen tagtäglich widerlegt. „Wer Barmherzigkeit für eine Privatangelegenheit hält, ist nicht geeignet, den Protestantismus öffentlich zu repräsentieren. Wir fordern Thomas de Maizière deshalb auf, aus dem Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages zurückzutreten.“

Kontakt: Frank Martin, Studierendenpfarrer
ESG Leipzig, Mitglied im Präsidium der ESG-Hauptamtlichenkonferenz, fmesg@gmx.de

► Solidarische Ökonomie



Kongress und „Wandelwoche“ 5.–13. September 2015 in Berlin

Unter dem Motto „Wir können auch anders!“ laufen die Vorbereitungen für einen bundesweiten Kongress, den das Forum Solidarische Ökonomie vom **10.–13. September 2015** in Berlin veranstaltet, gemeinsam mit RIPESS EU, dem Zentralinstitut „Zentrum Technik und Gesellschaft“ der Technischen Universität Berlin und der „Zentraleinrichtung Weiterbildung und Kooperation“ (auch TU) sowie etwa 30 Kooperationspartnern. Eine wichtige Rolle übernimmt die Akademie Solidarische Ökonomie in der Praxis – Beiträge zur Transformation“ verdeutlicht, soll zum einen die breite Vielfalt praktischer Beispiele Solidarischer Ökonomie und verwandter Ansätze sichtbar und konkrete Kooperationen im Austausch mit wichtigen gesellschaftlichen Akteuren initiiert werden. Eine Besonderheit ist die „Wandelwoche“ im Vorfeld (**5.–10.9.2015**) mit Exkursionen zu Projekten und Betrieben alternativen Wirtschaftens in und um Berlin. Zum Kongress werden ca. 1000 TeilnehmerInnen erwartet.

Kontakt: Akademie Solidarische Ökonomie
Norbert Bernholt, 21335 Lüneburg
Tel.: 0 41 31 / 7 21 74 50
info@akademie-solidarische-oekonomie.de
akademie-solidarische-oekonomie.de

► IKvu



Dorothee Sölle-Preis vergeben

Das Oekumenische Netzwerk Initiative Kirche von unten (IKvu) verleiht anlässlich des Evangelischen Kirchentags in Stuttgart zum 3. Mal den „Dorothee Sölle-Preis für aufrechten Gang“ an Dr. Boniface Mabanza Bambu. Die Laudatio hält Dr. Ben Khumalo-Seegelken.

Die Preisverleihung findet am Donnerstag, den **4. Juni**, 17–18 Uhr im Zentrum Frieden

in der Ev. Friedenskirche (Schubartstr. 12) statt.

Dr. Boniface Mabanza Bambu wurde in der Demokratischen Republik Kongo unter der Militärdiktatur Mobutus geboren, er studierte Philosophie, Literaturwissenschaften und Theologie in Kinshasa und promovierte an der Universität Münster. Seit 2008 arbeitet er als Koordinator in der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) in Heidelberg.

Die IKVU stiftete den Preis 2010 in Erinnerung an die Theologin Dorothee Sölle. PreisträgerInnen sind Personen, die ihr christliches Engagement aus der politischen Verantwortung für unsere Gesellschaft herleiten und darin die Erinnerung an die Radikalität des Jesus von Nazareth wach halten: Sie setzen sich ein für Befreiung und Toleranz und erheben Einspruch gegen die Ausgrenzung von Menschen in Kirchen und Gesellschaft. Sie demaskieren die Strukturen von Gewalt und erarbeiten kreativ Möglichkeiten widerständigen Verhaltens. Sie reflektieren die christliche Dimension ihres politischen Handelns und lassen daraus neue Ideen und neuen Mut für ihr Engagement wachsen – zivil und ungehorsam, energisch, ehrlich und fromm

Info: Bernd Hans Göhrig, Oekumenisches Netzwerk Initiative Kirche von unten, Eckenheimer Landstr. 57b 60318 Frankfurt am Main, goehrig@ikvu.de www.ikvu.de

► Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK)



Naturschutz gemeinsames Anliegen der Religionsgemeinschaften

Ein schonender Umgang mit der Natur und die Erhaltung der biologischen Vielfalt sind gemeinsame Anliegen verschiedener Religionsgemeinschaften. Auf einem zweitägigen Dialogforum im Bundesamt für Naturschutz (Bonn) hatten sich Vertreter verschiedener Religionsgemeinschaften zum Thema ausgetauscht. Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland stellte den ökumenischen Tag der Schöpfung vor.

Das Forum befasste sich mit der Bedeutung von Natur und biologischer Vielfalt in den verschiedenen Religionen.

Die TeilnehmerInnen wollen sich in ihren Religionsgemeinschaften für den Naturschutz und den Erhalt der biologischen Vielfalt einsetzen sowie dabei auch interreligiös zusammenarbeiten. Das Dialogforum vereinbarte, auf Basis der Gespräche eine Erklärung zu formulieren.

Kontakt: Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland, Oekumenische Centrale Ludolfstr. 2-4, 60487 Frankfurt am Main Tel.: 069/24702713, marc.witzenbacher@ack-oec.de www.oekumene-ack.de

► Brot für die Welt



TTIP nicht reformfähig

Seit langem beobachtet „Brot für die Welt“ die Verhandlungen über das transatlantische Handelsabkommen. In seiner ersten Stellungnahme hatte das Hilfswerk zunächst gefordert, die Verhandlungen auszusetzen.

Es hegte die Hoffnung, dass einige wichtige Akteure, wie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit als auch die Bundesregierung, dazu bewegt werden könnten, sich für eine Neuausrichtung von TTIP hin zu einem nachhaltigen Handelsabkommen zu engagieren. Nach den neuesten Entwicklungen bei den Koalitionsparteien, wo sich eine „Da müssen wir durch“-Haltung“ breit macht, bei der Kritiker und sachbezogene Argumente abgetan werden, wird deutlich: Eine Reform des TTIP-Abkommens ist leider nicht möglich. „Brot für die Welt“ lehnt dieses TTIP ab!

Damit steht das Hilfswerk nicht allein. Opposition gegen TTIP ist mittlerweile ein EU-weites Phänomen, berichtet Jürgen Maier, Forum Umwelt und Entwicklung, vom neuesten europäischen Koordinationstreffen in Brüssel. Eine Pew-Eurobarometer-Umfrage ergab im letzten November angebliche Pro-TTIP-Mehrheiten in ganz Europa außer in Deutschland und Österreich. Kein Wunder: die Frage war lediglich, ob die Menschen grundsätzlich für ein Freihandelsabkommen mit den USA seien. Wie dieses Abkommen aussehen soll, war nicht Gegenstand der Umfrage, aber das ist die ausschlaggebende Frage. Knapp 200 Aktivisten und Verbandsvertreter aus 26 Ländern füllten dann am 2.2. den Raum in einem Brüsseler Tagungshaus bei einem Koordinationstreffen gegen TTIP.

Aus Frankreich ging die Nachricht in die Runde, der Senat, Zweite Parlamentskammer, habe einstimmig eine Resolution beschlossen, das Investor-Staat-Schiedsverfahren in TTIP und anderen Abkommen abzulehnen. An einem lokalen Aktionstag beteiligten sich Gruppen in über 100 Städten. Dutzende von Städten und 13 Regionen haben sich zu „TTIP-freien Zonen“ erklärt. In Großbritannien ist der befürchtete Privatisierungsdruck auf den National Health Service ein zentrales Thema.

In Osteuropa überlassen die Regierungen die Pro-TTIP-Werbung weitgehend der Kommission und den US-Botschaften. Slowenien, Kroatien, Rumänien, selbst Ungarn und Bulgarien melden neue Kampagnenbündnisse gegen TTIP. Nur in Polen, Tschechien, der Slowakei und dem Baltikum passiert derzeit nicht viel.

Anders verhalten sich die anderen skandinavischen Länder Schweden und Dänemark, aber auch die Niederlande: Die neoliberale Ideologie hat in diesen Ländern auch Sozialdemokraten und Gewerkschaften weitgehend politisch entkernt.

Die Kampagne gegen TTIP startete in Irland genauso wie in Finnland zunächst weitgehend auf die sozialen Medien gestützt. Als die rechte Koalitionsregierung eine Wassersteuer einführen wollte und sich gemeinsam mit Veolia für eine weitere Privatisierung irischer Wasserwerke aussprach, gab es wütende Proteste, und die Verbindung zu TTIP war hergestellt. Mittlerweile mobilisieren auch die Gewerkschaften gegen TTIP.

In Spanien sind die konservative Volkspartei und die Sozialisten klar pro TTIP, aber in der Öffentlichkeit in der Defensive – die rasch wachsende Protestbewegung Podemos und die regionalistischen Parteien unterstützen die TTIP-Opposition.

In Griechenland hat Syriza schon angekündigt, sie werden TTIP „niemals ratifizieren“.



Oekumenischer Förderpreis Eine Welt ausgeschrieben

Der 4. Oekumenische Förderpreis wird in den Kategorien „Klimagerechtigkeit“, „Entwicklungspolitik global“ und „Kirchliche Partnerschaftsarbeit“ ausgeschrieben. In jeder Kategorie wird ein Förderpreis in Höhe von 3000,- Euro vergeben. Teilnehmen können alle Gruppen und Initiativen, deren Projekte in den Jahren von 2011 bis 2014 von Brot für die Welt oder vom Katholischen Fonds gefördert worden sind. Die Projekte sollen bis zum 30.06.2015 abgeschlossen sein. Die Verleihung der Förderpreise findet am 16. Oktober 2015 in Münster, an einer Etappe des Oekumenischen Pilgerweges für Klimagerechtigkeit, statt.

Kontakt: Brot für die Welt, Carolina-Michaelis-Str. 1 10115 Berlin, Sabine Kronenberg sabine.kronenberg@brot-fuer-die-welt.de Tel.: 030/65211-1279

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern

c/o H. H. Willberg
Mühlbachweg 13, D-90559 Burghann
Tel.: 091 83 / 95 00 39

Berlin

Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg

Oekumenisch-Missionarisches Institut
Gierkeplatz 2-4, D-10585 Berlin
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

INKOTA

Chrysanthenenstr. 1-3, D-10407 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 20 82 02-0
Fax: 0 30 / 4 20 82 02-10

Bremen

Fachstelle „Oekumene und Weltverantwortung“ im forum Kirche
Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien

Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg
Heike-Schoon@web.de

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 BadHersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86
Fax: 0 66 21 / 6 56 45

Niedersachsen

Arbeitskreis Konziliarer Prozess

Hermann de Boer
Am Kirchhofe 4a
D-30952 Ronnenburg

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.

Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche in der Pfalz

(Protestantische Landeskirche)
Referat Konziliarer Prozess
Große Himmels-gasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15-0
Fax: 0 62 32 / 67 15-67
info@frieden-umwelt-pfalz.de

Rhein-Mosel-Eifel-Hunsrück-Westerwald

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar

Dominic Kloos
Löhrstr. 51, D-56068 Koblenz
www.oekumenisches-netz.de

Rheinland

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.

Pfr. Dieter Endemann
Domstr. 62, D-50668 Köln
OekumNetzMittelrhein@t-online.de

Solidarische Kirche im Rheinland

Kirchliche Bruderschaft

c/o Erika Haugg, Mozartstr. 9
D-45478 Mülheim a. d. Ruhr
soki.rheinland@arcor.de

Sachsen-Anhalt

Lothar-Kreyssig Oekumene-Zentrum

Am Dom 2
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-4 93
Fax: 03 91 / 53 46-4 90

Sachsen

Oekumenisches Informationszentrum Dresden

Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7
D-01067 Dresden
Tel.: 03 51 / 4 92 33 68
Fax.: 03 51 / 4 92 33 60
oekumene@infozentrum-dresden.de

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen

MÖWe, Heike Koch, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-72
Fax: 02 31 / 54 09-21

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Geschäftsführer
Graf-Adolf-Str. 61, D-58730 Fröndenberg
Tel.: 0 23 73 / 176 88 35
muhr-nelson@freenet.de

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg

Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
D-74348 Lauffen am Neckar
Tel.: 0 71 33 / 2 10 68

Oekumenisches Netz in Deutschland

Pfr. Dieter Endemann
Domstr. 62, D-50668 Köln
OekumNetzMittelrhein@t-online.de



IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Gegründet 1982

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmitthenner
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmitthenner, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008

HINWEIS:

Der Oekumenische Informationsdienst erscheint mit freundlicher Förderung der Evangelischen Kirche in Deutschland